

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heusaales 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AFA-Bundesvorsitzender, würdigt Willi Bleicher: Im Kampf für eine gerechte Sache Vertrauen erworben.

Seite 1

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, stellt Fragen an die Jungsozialisten: Kritik darf nicht diffamieren, sie muß problematisieren.

Seite 3

Rudolf Dreßler MdB stellt fest, daß die Debatte zum Selbstverständnis überfällig war: Kein Auftrag zur Opposition.

Seite 6

Werner Staak, SPD-Landesvorsitzender in Hamburg, fordert die traditionelle Gemeinsamkeit auch bei Meinungsverschiedenheiten wieder zu erreichen: Zum Wohl des Ganzen.

Seite 5

Liesel Hartenstein MdB setzt sich für eine Neufassung der technischen Anleitung Luft ein: Schwermetallbelastung der Umwelt wird übertraglich.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 117

25. Juni 1981

Trauer um Willi Bleicher

Im Kampf für eine gerechte Sache Vertrauen erworben

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Willi Bleicher war ein Gewerkschafter, der sein Leben lang für die Klasse gekämpft hat, aus der er kam. Das Wort "Klassenkämpfer", mit dem ihn die Arbeitgeber in den von ihm geführten Tarifaueinandersetzungen zu treffen und zu traktieren suchten, schreckte ihn nicht. Er war in der Arbeiterschaft aufgewachsen, lebte mit den Traditionen der Arbeiterbewegung. Sein Vater erlebte 1899 als Arbeiter die Anfänge bei Daimler mit. Willi Bleicher selbst, gelernter Schlosser, kannte Ausbeutung und Arbeitslosigkeit aus eigener Erfahrung. Proletariatsdasein war für ihn kein Feuilleton - er hat es selbst erfahren.

Der Gewerkschafter Bleicher wollte nicht nur Tarife, er wollte die Gesellschaft ändern: Unbeugsam, eigenwillig und mit allen Konsequenzen gegenüber sich selbst. Schon in den 20er Jahren übernahm er als Jugendleiter der Stuttgarter Metallarbeiter erste Verantwortung. Emigration, Gefangenschaft, Konzentrationslager waren sein politisches Schicksal während der Nazizeit. Willi Bleicher war aktiver Antifaschist in dieser Zeit.



Unvergessen ist seine Arbeit als Bezirksleiter der IG-Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden. Das Bewußtsein der Metallarbeiter dieses Gebiets hat er entscheidend geprägt. In den Arbeitskämpfen, die sein Nachfolger um die Humanisierung des Arbeitslebens geführt hat, wirkte seine bewußtseinsbildende Kraft nach. Willi Bleicher war auf politische und humanitäre Ziele hin orientiert. Eugen Loderer hat ihn als einen "begeisterten Kämpfer für die berechtigten Interessen und Forderungen der Metallarbeiter" gewürdigt.

Dieser altgediente und von proletarischer Herkunft geprägte Arbeiterführer hat große Anziehungskraft auf junge Menschen ausgeübt. In seinen Versammlungen, in den Gewerkschaftsdiskussionen und Fernsehgesprächen wurde die Geschichte der Arbeiterbewegung lebendig, auch die politische Moral, von der sie sich leiten ließ. Besonders ausdrucksvoll empfand ich dabei, wie Willi Bleicher nicht nur Erfolge, sondern gleichzeitig auch Fehler, Halbherzigkeiten, Verirrungen des politischen Kampfes erklärt hat - nicht um nachträglich zu verdammen, sondern um für Verständnis zu werben und Lehren zu ziehen.

Willi Bleicher und Otto Brenner, der frühere, langjährige IG-Metall-Vorsitzende, den ich aus gemeinsamen Jahren in Hannover gut gekannt habe, sind sicher nicht einfach miteinander zu vergleichen. Aber in einem waren sie verwandt: Beide verstanden die Gewerkschaftsbewegung nicht als Tarifmaschine, sondern als große, gesellschaftsverändernde Kraft. Beide entwickelten dafür Bewußtsein in der Arbeitnehmerschaft. Und das hieß für sie: Solidarisch zu sein, selbstbewußt aufzutreten und verläßlich zu handeln. Manager konnten sie nicht sein, und wollten es auch nicht. Im Kampf für eine gerechte Sache Vertrauen zu erwerben, das bewegte sie.

Die Arbeiterbewegung trauert um einen Kampfgefährten, der in einem von Ausbeutung und Brutalität durchzogenen Jahrhundert ein opferreiches Leben für ein großes Ideal geführt hat: Daß der Arbeitnehmer frei ist, daß ihm Gerechtigkeit widerfährt, daß er die Bedingungen seines Lebens mitbestimmen und sich auf sozial sicherem Grund bewegen kann.

(-/25.6.1981/ks/ca)

+ + +



Fragen an die Jungsozialisten

Kritik darf nicht diffamieren, sie muß problematisieren

Von Dr. Peter Glotz

Bundesgeschäftsführer der SPD

Willi Piecyk hat für den Bundeskongreß der Jungsozialisten am Wochenende in Lahnstein eine "Generalabrechnung" seiner Arbeitsgemeinschaft mit der Politik der Bundesregierung angekündigt.

Es ist das Recht von Sozialdemokraten, auch Kritik an der Politik der sozial-liberalen Koalition zu äußern. Aber auch Jungsozialisten sollten beachten, daß eine solche Kritik nur dann politisch sinnvoll ist, wenn sie den innerparteilichen Diskussionsprozeß nicht verschüttet: Sie darf nicht diffamieren, sondern sie muß problematisieren.

Ich räume ein: Eine politische Jugendorganisation befände sich in einer sonderbaren Verfassung, wenn sie angesichts der zunehmenden Distanz vieler Jugendlicher zu den politischen Institutionen keine Probleme mit diesen Institutionen hätte.

Aber es bringt den Verband nicht weiter, in schöner Regelmäßigkeit verbale Rundschläge gegen Partei und Regierung als Kitt für mangelnde Gemeinsamkeiten zu benutzen und damit die eigenen Blößen zu bedecken.

Wenn ein Sozialdemokrat dem anderen ein "Schlingern" in der Friedenspolitik vorwirft, dann zerstört dies die Chance zur sachlichen Kontroverse. Auch die Sprache kann verräterisch sein: Wenn eine Arbeitsgemeinschaft der SPD der von der SPD getragenen Regierung vorwirft, daß ein Beschluß, an dem sie sich beteiligt hat, "in den Konsequenzen lebensgefährlich" sei und "gekippt" werden müsse, ist dies die bewußte Aufkündigung einer solidarischen Sprachhaltung.

Es ist wohl wahr, daß manche der Schwierigkeiten von Jungsozialisten mit Teilen der Jugend auch mit der Politik der Partei und der Regierung zusammenhängen. Denn letztlich werden auch die Jusos nicht nur daran gemessen, was sie sagen, sondern daran, was sie durchsetzen können. Aber es wäre ein frommer Selbstbetrug, wenn die



Jusos ihre Probleme mit Jugendlichen ausschließlich darauf zurückführen und damit einer Diskussion über ihre eigenen Schwierigkeiten ausweichen würden. Dazu nur einige Fragen:

- Ist das Politikverständnis der Jungsozialisten geeignet, Zugang zu den neuen Inhalten und Formen des Engagements vieler Jugendlicher zu finden, die sich nicht mehr auf die traditionellen Felder der Politik konzentrieren? Bietet dieses Politikverständnis umgekehrt diesen Jugendlichen genügend Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse nach Eigeninitiativen und Gestaltung der eigenen Lebensbereiche, nach Solidarität und nach Gemeinschaft auszuleben?
- Ist der Politikstil der Jungsozialisten attraktiv für Jugendliche, die Politik und Leben nicht voneinander trennen wollen? Sind Jusos in der Lage, die emotionalen Bedürfnisse Jugendlicher bei ihrer Art von politischer Aktivität zu berücksichtigen und entsprechende Angebote zu machen? Oder erliegen nicht sie der Gefahr, dies alles als unpolitisch abzutun, um damit die eigene Hilflosigkeit gegenüber solchen Tendenzen zu kaschieren?
- Wie steht es mit der Glaubwürdigkeit von Jungsozialisten in bezug auf ihr eigenes Verhalten und den von ihnen theoretisch formulierten Anspruch? Um ein Beispiel zu nennen: Wie steht es denn in einer Organisation, die oft und viel von der Emanzipation der Frauen geredet hat, um den politischen Einfluß junger Frauen? Wie stark ist zum Beispiel der Anteil der weiblichen Delegierten auf diesem Bundeskongreß?
- Warum sind Jungsozialisten kaum in der Lage, zu bestimmten Themenbereichen eigene Initiativen zu begründen, statt sich an Initiativen und Aktionen anderer Gruppen anzuhängen? Wird nicht oft als "breites Bündnis" erklärt, was in Wirklichkeit nur Ausdruck eigener organisatorischer Schwäche ist?

Es ist den Jungsozialisten zu wünschen, daß sie ihren Bundeskongreß zu einer "Generalabrechnung" über diese Probleme benutzen. Sie sollten nicht der Versuchung erliegen, die Kritik an der Partei oder Regierung als Tarnkappe zur Verschleierung eigener Probleme zu mißbrauchen.

(-/25.6.1981/ks/ca)

+ + +



Zum Wohl des Ganzen

Die traditionelle Gemeinsamkeit auch bei Meinungsverschiedenheiten wieder erreichen

Von Werner Staak

Landesvorsitzender der SPD in Hamburg

Hamburg hat mit Klaus von Dohnanyi einen neuen Ersten Bürgermeister, der mit allen Stimmen unserer Fraktion gestern in der Hamburger Bürgerschaft als Senator und in einer Sondersitzung des Senates zum Präses gewählt wurde. Das ist ein guter Start für Dohnanyi. Dieses Ergebnis beweist, in schwierigen Lagen ist auf die Geschlossenheit der Sozialdemokraten Verlaß.

Seine kurze Antrittsrede hat die Hamburger angesprochen. In den Medien ist ihm ein freundlicher Empfang bereitet worden, was in dieser Stadt für einen sozialdemokratischen Politiker nicht gerade selbstverständlich ist. Wir sind davon überzeugt, daß wir die richtige Wahl getroffen haben mit dem gebürtigen Hamburger aus Bonn mit weltweiten Erfahrungen.

Energisch und verbindlich ist das Auftreten von Dr. Klaus von Dohnanyi - das zeigte sich schon auf dem Landesparteitag, der ihn mit großer Stimmenmehrheit auf einstimmigen Vorschlag des Landesvorstandes nominiert hatte. Dohnanyi hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er die Reformpolitik des bisherigen Senats als Versprechen der Sozialdemokraten bei der so erfolgreich abgeschlossenen Wahl im Jahre 1978 fortzusetzen gedenkt. Über diese Sachfragen gibt es im Grundsatz keine Meinungsverschiedenheiten in unserer Hamburger Parteiorganisation. Was uns Schwierigkeiten machte, war die Diskussion über die Wege, die zu diesen Zielen führen und die Einschätzung der Möglichkeiten, sie jetzt zu erreichen. Das gilt in vollem Umfang auch für die Energiepolitik.

Mit Dohnanyi als Erstem Bürgermeister ist unsere Regierungsmannschaft wieder vollzählig. Es gilt jetzt nach vorn zu schauen. Senat und Bürgerschaft müssen von uns allen unterstützt werden. Das Diskutieren muß mit - und nicht gegeneinander geschehen. Bei allen berechtigten Auseinandersetzungen über Sachfragen müssen wir unseren Bürgern zeigen, daß wir dabei nicht die Geschlossenheit verlieren, die notwendig ist, um zum Wohle aller Arbeitenden die Regierungsgeschäfte zu führen.

Die Art der Diskussion um den Rücktritt von Hans-Ulrich Klose in unseren Parteigliederungen haben Unverständnis erregt. Unser Bild in der Öffentlichkeit hat gelitten. Wir müssen die traditionelle Gemeinsamkeit auch bei Meinungsverschiedenheiten wieder erreichen. Ich spreche niemandem den guten Willen dazu ab. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß es in zunehmendem Maße auch in unserer Partei Verständigungsschwierigkeiten gibt zwischen jungen Genossen, die zu einem Teil sich im Studium ein Vokabular erworben haben, das sie für die breiten Schichten unserer Mitglieder schwer verständlich macht. Ihr guter Wille, mit unserer Partei für die arbeitenden Menschen weitere Verbesserungen zu erreichen, ist anerkannt. Die Art der Diskussion und die Ungeduld können aber zum Beispiel bei alten Gewerkschaftern und unseren Stammwählern auf Unverständnis stoßen.

Sicherlich können wir alle von Klaus von Dohnanyi lernen, der in seiner Antrittsrede gestern vor dem Landesparlament allen Hamburger Bürgern versprach, ein offenes Ohr für Sorgen und Wünsche der Bürger zu haben. Einmal im Monat werde die Tür zu seinem Arbeitszimmer sperrangelweit aufstehen, damit es eine "Sprechstunde für die Bürger und eine Hörstunde für den Bürgermeister" gebe.

Dohnanyi hat versprochen, daß er sich gemeinsam mit dem Senat bemühen werde, den Bürgern bei kritischen Entscheidungen die Notwendigkeit zu erklären, daß sie erkennen: Es ist zum Wohle des Ganzen. Mit diesem Anspruch müssen wir auch wieder an unsere Parteiarbeit herangehen. Wenn wir dies geschlossen tun, dann ist das die beste Voraussetzung für die nächste Bürgerschaftswahl in knapp einem Jahr. Denn die Bürger sollen dann mit ihrer Stimme wieder unsere Leistung - und die allein - honorieren. (-/25.6.1981/vs-hs/ca).

+

+

+



Kein Auftrag zur Opposition

Debatte zum Selbstverständnis war überfällig

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Das Wahlergebnis vom 5. Oktober 1980 hat die Koalition bestätigt. Nicht eine Partei. Mit 42,9 Prozent der Wählerstimmen wurde die SPD und die sie repräsentierten Kandidaten in der Bedeutung des Jahres 1976 mit einem Auftrag ausgestattet. Im Rahmen dieser vorgegebenen Größenordnung war sich jeder gewählte Abgeordnete klar, daß es Partner bedurfte, wenn so viel wie möglich von den eigenen politischen Zielen verwirklicht werden sollte.

Kein Abgeordneter der SPD-Fraktion ist nach der Bundestagswahl auf die Idee gekommen, den Koalitionsauftrag nicht zu erfüllen. Die Oppositionsrolle war anderen zugeteilt worden. Den Parteitagsbeschuß abzuschreiben, für ihn einzutreten, das eigene Programm zu vertreten ist kein Kunststück. Im Rahmen einer Koalition den Teil des selbst erbrachten Kompromisses zu ertragen und ihn zu rechtfertigen, ist zweifellos schwieriger.

Diesen Teil des Wählerauftrages gegenüber der eigenen Partei, den eigenen Wählern abzulehnen, ihn in schwierigen Fragen der Mehrheit der Bundestagsfraktion zu überlassen, ist ein Selbstverständnis, das Spannung erzeugen muß. Die Konsequenz solchen vervielfältigten Verhaltens erzeugt den Eindruck von Opposition in der eigenen Fraktion.

- Der größte Teil von SPD-Abgeordneten - jener, der die Mehrheit sichert - sieht sich plötzlich genötigt, nicht mehr den Kompromiß zu erklären, sondern sich zu rechtfertigen für eine Handlung, die der Auftrag vom 5. Oktober 1980 auch ausweist.
- Der größte Teil sieht sich genötigt zu erklären, warum er Kompromisse mitträgt, obwohl doch bewiesen ist, daß es noch einige Abgeordnete gibt, die den Mut haben, sich dem Zwang des Kompromisses zu entziehen.

Es entsteht eine Situation, die in Kernfragen der Politik eine Debatte zum Selbstverständnis unausweichlich macht.

- Es ist daher kein Luxus mehr, wenn in schwierigster politischer Geschäftslage zum Selbstverständnis des Miteinander zusätzlich debattiert wird.
- Es ist vielmehr Teil des Selbstverständnisses, sich davor nicht zu scheuen. Die SPD ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen.

Wenn einige den Eindruck entstehen lassen, daß dieser Programmpunkt von Godesberg in Grundsatzfragen deutscher Politik von über zweihundert SPD-Abgeordneten öfter geopfert wird, ist das nicht mehr hinzunehmen.

Folgerichtig hat die Gesamtheit der SPD-Bundestagsfraktion die Grundzüge ihres parlamentarischen Miteinander in einen Beschuß zum Selbstverständnis zusammengefaßt. Über zweihundert Fraktionsmitglieder haben dem Beschuß zugestimmt. Daß acht dagegen votierten, ist zu respektieren. Jetzt kommt es darauf an, die konstruktive Diskussion, die zu diesem Beschuß führte, in das Miteinander einzubringen.

Sozialdemokraten sind nicht die Oppositionsfraktion. Auch nicht in geringer Zahl. Diese Rolle wurde der Union zugewiesen. Die CDU/CSU hat im Bundestag Opposition zu sein. Daß die Union diese wichtige Rolle immer noch nicht gelernt hat, kann nicht bedeuten, daß Teile der SPD-Fraktion diese Aufgabe übernehmen müßten. (-/25.6.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Schwermetallbelastung der Umwelt wird unerträglich

Neufassung der Technischen Anleitung Luft eine vordringliche Aufgabe

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

In der Umgebung der Bleihütte Nordenhamm starben im Frühjahr 1972 reihenweise die Rinder - Bleivergiftung. Seitdem ist im Umkreis von 1,5 Kilometer um das Preussag-Werk herum das Wiesenland für die Beweidung gesperrt. Nunmehr müßten weitere 80 Hektar Grünlandfläche außerhalb dieses Umkreises für die landwirtschaftliche Nutzung verboten werden, wenn die nach der Vierten Änderung der Futtermittelverordnung vorgeschriebenen Höchstwerte für Blei eingehalten werden sollten. Soweit kommt es aber nicht, und genau dies ist schlimm.

Der positive Anlauf, den der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Vierten Änderungsnovelle - zum Schutz der Tiere und Menschen! - gemacht hat, wurde gestoppt. Nach dieser Novelle sollten höchstens noch 40 Milligramm Bleigehalt pro Kilogramm Futter zulässig sein. Jetzt darf - aufgrund einer sogenannten "Ablösungsverordnung" vom 15. April 1981 - ein Kilogramm Grünfutter bis zu 100 Milligramm Blei enthalten, also das Zweieinhalbfache, unter der Bedingung, daß das kontaminierte Gras mit bleifreiem Futter "verschnitten", das heißt gemischt wird. Die Frage ist nur: Wer kontrolliert das?

Hier wird wieder einmal an der falschen Stelle angesetzt, zu Lasten von Mensch und Natur. Der Weg müßte andersherum gehen:

- Festlegung von schärferen Emissionsgrenzwerten
- konsequente Überwachung der emittierenden Betriebe
- Sanktionen bei Nichteinhaltung
- Förderung aller Verfahren, die den Ausstoß schädlicher Stoffe in die Umwelt verringern.

Die Schuld trifft nicht den Landwirtschaftsminister, sondern in erster Linie das zuständige Gewerbeaufsichtsamt des Landes Niedersachsen, das offensichtlich seit neun Jahren nicht vermochte, die Bleihütte zur Einhaltung tolerierbarer Emissionsgrenzwerte zu veranlassen. Sprich: zum Einbau wirksamer Filter, die das giftige Schwermetall zurückhalten, und zur Sanierung ihrer Betriebsanlagen.

Mit Recht weist der Parlamentarische Staatssekretär Gallus in der Antwort auf meine schriftliche Anfrage darauf hin, daß nach Paragraph 5 Bundesimmissionschutzgesetz genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben seien, daß "schädliche



Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können". Das Bundesimmissionsschutzgesetz gilt seit 1974 in unserem Land. Mit Recht weist er ebenfalls darauf hin, daß es nicht nur um die Sorgen der Landwirte gehe, sondern auch um die Siedler und Kleingärtner. Man muß sich fragen: Was nützen gute Gesetze, wenn sie nicht durchgeführt werden? Wann endlich kommt der Aufschrei der Betroffenen: Jetzt reicht's.

Es ist aber nicht allein das Blei, das uns zu vergiften droht. Cadmium, Quecksilber und andere Schwermetalle sind nicht minder schädlich. Bei der Antwort auf eine im bayerischen Landtag eingebrachte Anfrage stellte sich heraus, daß diese Stoffe bereits im Fleisch von Wildtieren, also von Rehwild, Hasen, Schwarzwild und Rotwild, in solchen Mengen enthalten sind, die weit über der von der Weltgesundheitsorganisation als noch zulässig betrachteten Grenze liegen. Das gleiche gilt übrigens auch bei den im Wildbret festgestellten Pestiziden. Wenn das zuständige bayerische Innenministerium allerdings meint, dies sei deshalb nicht schlimm, weil Otto Normalverbraucher in der Bundesrepublik ja verhältnismäßig wenig Wildbret esse, dann kann man solche Äußerungen nur noch als blanken Zynismus bezeichnen.

Die Technische Anleitung Luft aus dem Jahre 1974 enthält einen Emissionsgrenzwert von 20 Milligramm pro Kubikmeter für den Gesamtstaub aus den Abgasen von Bleihütten. Der Anteil des Bleis darin beträgt etwa 50 Prozent, also zehn Milligramm Blei auf einen Kubikmeter Abgas. Treten jedoch trotz Einhaltung dieser Werte schädliche Umwelteinwirkungen auf, so ist es Sache der Behörden, weitergehende Anforderungen zu stellen. Die niedersächsischen Behörden haben von dieser seit 1974 geltenden Bestimmung keinen Gebrauch gemacht.

Der Bundesinnenminister hat in der Antwort auf die genannte Anfrage erklärt, daß in der Neufassung der TA Luft erstmalig gesonderte Werte für Blei und Cadmium festgelegt werden. Die Novellierung soll noch in diesem Jahr erfolgen. Dem ist nur hinzuzufügen: angesichts steigender Umweltverseuchung und erhöhter Gesundheitsgefährdung ist keine Zeit mehr zu verlieren. Das gilt für den Gesetzgeber ebenso wie für die Vollzugsbehörden, für Bonn ebenso wie für Hannover. (-/25.6.1981/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

